

Jeder verletzte Polizist ist einer zu viel

(EP/Dietmar Schilff) Die Polizei genießt großes Vertrauen in der Bevölkerung, und Polizist/in ist nach wie vor ein häufig geäußertes Berufswunsch bei Kindern und jungen Erwachsenen. Dennoch nimmt in Teilen unserer Gesellschaft der Respekt vor staatlichen Organen immer weiter ab. Die Zahl der Übergriffe nimmt kontinuierlich zu. Gewalt ist mittlerweile zum ständigen Begleiter im Berufsalltag von Polizistinnen und Polizisten und anderen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes geworden.

Die Angriffe reichen von Beleidigungen über einfache und schwere Körperverletzungen bis hin zu versuchten Tötungsdelikten. Doch es sind nicht immer nur die Großereignisse wie Demonstrationen, von denen man Ausschreitungen kennt. Insbesondere im alltäglichen Dienst werden Kolleginnen und Kollegen mit Messern bedroht, mit Bierflaschen beworfen, getreten, geschlagen oder bespuckt – während der Streife, während sie einen Familienstreit schlichten oder wenn sie einen Verkehrsunfall aufnehmen. Die Länder reagieren, unter anderem indem sie aufrüsten, die Schutzausstattung verbessern und zum Beispiel ballistische Helme, Plattenträgersysteme, Splitterschutzbrillen, Distanz-Elektroimpulsgeräte, Waffen mit mehr Munition, Spuckschutzhauben oder Bodycams anschaffen.

Gewalt nicht tolerieren

Polizistinnen und Polizisten haben das Recht, dass Gewalt ihnen gegenüber nicht toleriert wird. Denjenigen, die unseren Kolleginnen und Kollegen Gewalt antun, muss diese Grenze aufgezeigt werden. Aus Forschungen wissen wir, dass sich Gewalt vor allem dort gegen Polizistinnen und Polizisten richtet, wo die Beamten/-innen als Vertreter/-innen des Staates wahrgenommen werden. Des Staates, der die Regeln unseres Zusammenlebens bestimmt. Viele Menschen vergessen dabei offenbar, dass es ihr eigenes Fehlverhalten ist, weshalb sie bestraft oder zur Kasse gebeten werden. Ihr Frust über staatliches Handeln entlädt sich gegenüber dessen Repräsentanten/-innen.

Das gilt leider in verstärktem Maße auch für Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Behördenbeschäftigte und in der Erziehung tätige Menschen. Was dabei auch vergessen wird: Hinter der Frau oder dem Mann in Uniform, hinter dem/der Staatsvertreter/-in steckt immer auch eine Mutter, ein Vater, eine Schwester, ein Bruder, ein Sohn oder eine Tochter. Und auch sie haben neben ihrem Beruf noch ein Privatleben, Familien und Freunde. Darauf macht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit ihrer Kampagne „Auch Mensch“ aufmerksam.

Paragrafen konsequent anwenden

Angriffe auf Vertreter/-innen des Staates sind immer auch Angriffe auf unsere Gesellschaft. Deswegen muss es für sie einen besonderen Schutz geben. Mit dem §114 StGB, für den die GdP mehr als sieben Jahre intensiv politisch gekämpft hat, gibt es nun ein Instrument, das auch solche Angriffe auf Polizistinnen

und Polizisten unter Strafe stellt, die außerhalb von Vollstreckungshandlungen erfolgen. Es gibt also die Möglichkeit, um mit entsprechenden Urteilen abzuschrecken. Der Paragraph muss jetzt nur noch konsequent angewendet werden. Auch Politik und Medien sollten die Gewalt gegen die Polizei nicht als normal ansehen und „nur“ zwei verletzte Polizisten als friedlichen Verlauf darstellen. Jede/r verletzte Kollege/-in ist eine/r zu viel.



Dietmar Schilff ist stellvertretender Bundesvorsitzender und niedersächsischer Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.
Foto: EP/GdP

Alle sind gefordert

Der Einsatz gegen Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Nur mit einem starken Staat können wir die zunehmende Gewalt eindämmen – und auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen, das in letzter Zeit trotz objektiv zurückgehender Kriminalität gelitten hat, wieder verbessern. Hier sind vor allem auch die Kommunen gefragt, ihren Beitrag zur öffentlichen Ordnung zu leisten – so wie es viele inzwischen mit ihren Sicherheits- und Ordnungsdiensten tun, mit klarer Aufgabenteilung und in Kooperation mit der Polizei, an deren Gewaltmonopol nicht gerüttelt werden darf.

Es gilt aber auch, Ursachenforschung zu betreiben und Konflikte zu vermeiden. Die Bedeutung von Respekt und die Regeln unseres Zusammenlebens müssen immer wieder verdeutlicht werden – in Familien, in Kitas, in Schulen, in Vereinen etc. Integration ist dabei ebenfalls ein entscheidender Faktor. Auch Menschen mit Migrationshintergrund und anderen kulturellen Wurzeln müssen die Spielregeln unserer Gesellschaft kennen und annehmen. Wir wollen, dass die Polizei nicht immer noch weiter „aufrüsten“ muss und eine Polizei der Bürgerinnen und Bürger bleibt. Denn sie soll in der Bevölkerung weiterhin ein so hohes Ansehen genießen, und viele junge Menschen sollen weiterhin den Berufswunsch Polizist oder Polizistin haben.